



Solidarität mit Flüchtlingen stärken – Überforderung der Kommunen vermeiden

Sichere Herkunftsländer

Über 40 Prozent der Anträge in Deutschland werden von Personen aus Albanien und den Balkanstaaten gestellt, obwohl sie kaum eine Perspektive auf ein Bleiberecht haben. Über 99 Prozent der Anträge werden zurückgewiesen. Daher sollte man hier ansetzen, um die Flüchtlingszahlen zu reduzieren.

- **EU-Marshallplan in den Herkunftsländern**

Dieser Plan sollte unter anderem EU-Hilfezentren für Versorgung, Arbeit und Investitionen in den jeweiligen Herkunftsländern beinhalten.

- **Informationskampagnen in den Herkunftsländern**

In den Medien vor Ort muss deutlich gemacht werden, dass wirtschaftliche Not kein Asylgrund ist und nicht zum Bleiben in Deutschland berechtigt.

- **Sichere Herkunftsländer**

Die Südbalkanstaaten und Albanien sollten nach Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsländer definiert werden; dies entspricht sogar der Forderung dieser Länder.

- **Einreisesperren und Visapflicht**

Abgelehnte Asylbewerber aus diesen Ländern sollten mit einer Wiedereinreisesperre belegt werden. Falls der Zustrom trotz all dieser Maßnahmen anhält, muss auch eine Visapflicht diskutiert werden.

- **Zentrale Erstaufnahmeeinrichtungen von Bund und Ländern für Balkanflüchtlinge**

Wichtige Bestandteile eines derartigen Konzepts zentraler Erstaufnahmeeinrichtungen sind beschleunigte Asylentscheidungen in der Einrichtung, die Verfügbarkeit von verwaltungsgerichtlichen Einheiten vor Ort sowie ein Ausreise- und Abschiebemanagement.

- **Anreizreduzierung**

Es sollte geprüft werden, ob das deutsche System zu viele Anreize bietet (zum Beispiel Taschengeld, Ausreisevergütung).

Die Flüchtlingsströme nach Deutschland nehmen weiter zu und werden auch mittelfristig nicht wesentlich weniger werden. Erste Schätzungen für das Jahr 2015 gehen nach zunächst 450 000 von jetzt über 600 000 Asylanträgen in Deutschland aus.

*Vor diesem Hintergrund brauchen wir eine Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik in **organisatorischer, personeller und finanzieller** Hinsicht.*

Organisatorische Maßnahmen einer neuen Flüchtlingspolitik

- **Zahl der Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder deutlich erhöhen**
Durch diese Maßnahme muss sichergestellt werden, dass eine Verteilung auf die Kommunen erst nach Abschluss des Asylverfahrens erfolgt.
- **Typengenehmigungen für standardisierte Unterkünfte und Reduzierung nicht sicherheitsrelevanter Baustandards**
Hierzu könnte etwa die Modulbauweise in winterfester Form zählen.
- **Videodolmetscher-Zentren**
Zur Kostenreduzierung und zur Verbesserung der Kommunikation sollten zentrale Videodolmetscher-Zentren eingerichtet werden.
- **Berufsbild „Flüchtlingsmanager“ etablieren**
Insgesamt muss die Organisation und Umsetzung der Flüchtlingspolitik professionalisiert werden. Hier sollte das Bundesinstitut für berufliche Bildung überlegen, das Berufsbild „Flüchtlingsmanager“ zu entwickeln.
Es wäre sehr hilfreich, wenn Personen sowohl juristisch, organisatorisch als auch interkulturell entsprechend ausgebildet und dann auch eingesetzt werden können.
- **Fort- und Ausbildung von ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern verstärken**
Durch diese Maßnahme kann das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge gestärkt und verstetigt werden.
- **Deutsches Flüchtlingshilfswerk etablieren**
Ein deutsches Flüchtlingshilfswerk könnte einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und zur Koordinierung leisten. Wichtige Bausteine eines solchen Konzeptes sind:
 - Erfahrungsaustausch,
 - Task-Force-„Flüchtlingspolitik“,
 - Zertifizierungsangebote,
 - Kommunikationszentrum.
- **Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und Personen mit Bleiberecht**

Finanzielle Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik

- **Deutliche finanzielle Beteiligung des Bundes, strukturell und nachhaltig.**
- Anpassung der Beteiligung an die jeweiligen Flüchtlingszahlen im Halbjahresrhythmus.
- Einführung der Gesundheitskarte und vollständige Kostenübernahme für anerkannte Asylbewerber und Personen mit Bleiberecht.
- Aufteilung der Unterkunfts-, Versorgungs-, Integrations- und Personalkosten zwischen Bund und Ländern. Dauerhafte Freistellung der Kommunen.
- **Sozialen Wohnungsbau reaktivieren.**
Deutliche Aufstockung der Mittel und Ermöglichung nachhaltiger Bauvorhaben.

Flüchtlingspolitik als europäische Herausforderung begreifen

- Europäische Quotenregelung.
- Außenpolitischer Druck (Entwicklungshilfe) auf erreichbare Herkunftsländer.
- Aufnahmezentren in Herkunftsländern.
- Europäisches Zuwanderungsrecht etablieren.
- Überarbeitung der Dublin-III-Verordnung.